

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Verkündigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Montag, den 10. Juni 1918.

25. Jahrg.

## Soziale Entwicklungen.

Von August Winnig.

Einer der Unterschiede zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden besteht darin, daß jene ihre Entwicklung unter den Augen der Öffentlichkeit vollziehen, während diese unter ziemlich dichten Schleier über alles decken, was mit ihrer Organisationsstätigkeit zusammenhängt. So berichten die Gewerkschaften über ihre Mitgliederbewegung und Kassengebarung, über Lohnbewegungen und Verwaltungsangelegenheiten ohne jede Zurückhaltung, und wer will, kann sich über alle irgendwie wesentlichen Einzelheiten im Gewerkschaftsleben unterrichten. Selbst die Austragung der Meinungsverschiedenheiten über innere Organisationsfragen vollzieht sich offen vor aller Welt. Es soll hier unerörtert bleiben, ob es sich wirklich empfiehlt, diese Geheimsache festzuhalten; den damit verbundenen Vorteilen stehen auch manche schwerwiegende Nachteile gegenüber. Es sei hier nur festgestellt, daß die Organisationen der Unternehmer grundsätzlich anders verfahren und daß der Öffentlichkeit infolgedessen wichtige Vorgänge in diesem Lager verborgen bleiben. Wir wissen heute bis in untergeordnete Einzelheiten, wie die verschiedenen Einflüsse der Kriegszeit auf die Gewerkschaften gewirkt haben — was sich in den Unternehmerverbänden zugetragen hat und weiter zuträgt, dringt über einen sehr kleinen Kreis nächst beteiligter Personen nicht hinaus. Wer sich darüber unterrichten will, muß sehr scharf Obacht geben, muß oft zwischen den Zeilen zu lesen verstehen und bleibt dann trotzdem noch vielfach auf Vermutungen angewiesen.

Die eigentlichen Kampfverbände der Unternehmer haben während des Krieges Mitglieder eingebüßt — das steht fest. Nur wird diese Einbuße an Mitgliedern in höchst seltenen Fällen auch zugleich eine Einbuße an Bedeutung und Macht darstellen. Ausschlaggebend für die Macht einer Organisation ist nicht die Zahl der in ihr vereinigten Personen, sondern der von ihr beeinflusste Teil ihres Arbeitsgebietes. In manchen Gewerkschaften hat der Krieg eine scharfe Musterung unter den Selbständigen gehalten; viele haben aus Mangel an Rohstoffen oder Aufträgen ihre Betriebe aufgeben müssen, anderen sind die Betriebsstätten aus kriegswirtschaftlichen Gründen stillgelegt worden. Sie sind aus dem betreffenden Gewerkschaftszweig und in der Regel auch aus der Unternehmerorganisation ausgeschieden. Aber trotzdem braucht die Bedeutung der Unternehmerorganisation nicht gesunken zu sein; sie kann im Gegenteil eine Steigerung erfahren haben, weil der Verband jetzt die Gewerkschaftspolitik besser beherrscht; die Zahl der Einzelunternehmer hat sich verringert, aber der Anteil der organisierten Unternehmer an der ganzen Gewerkschaftstätigkeit ist gewachsen — der Rest der unorganisierten Unternehmer ist bedeutungslos geworden.

In dieser Richtung hat sich die Entwicklung der Unternehmerverbände nun in der Tat vollzogen, aber sie hat sich darin nicht erschöpft. Insbesondere die beiden letzten Jahre sind angefüllt von einer eifrigeren Arbeit am inneren Ausbau. Sie bestand in der Einflugsnahme der Organisationen auf die wirtschaftlichen Beziehungen ihrer Mitglieder und in der Annäherung von Gegenstandlichkeitsverhältnissen zwischen den verschiedenen Verbänden. Solche Maßnahmen lassen sich nicht aus dem Kermel schüteln, und darum ist hier vieles erst im Werden, manches aber auch bereits abgeschlossen und durchgeführt. Um diese Entwicklung anschaulicher zu machen, seien einige Beispiele aus der Praxis erwähnt. Ein Unternehmerverband schließt ein Kartellverhältnis mit der Organisation der Rohstofflieferanten seines Gewerkschaftes ab. Der Rohstoffverband darf nur an die Mitglieder der kartellierten Unternehmerorganisation liefern, oder aber, wenn er auch andere Unternehmer beliefern will, hat er diesen einen bestimmten höheren Preis abzunehmen; bei Arbeitskämpfen ruht die Lieferung überhaupt. Ein anderes Beispiel: Ein Unternehmerverband organisiert die Geld- und Kreditbeschaffung für seine Mitglieder; er errichtet in Anlehnung an eine bestimmte Großbank eigene Banken, die Gelder selbstverständlich nur an Mitglieder abgeben, oder er schließt mit bestimmten Banken Verträge, wonach diese Geld und Kredit nur gewähren, wenn der Unternehmerverband es befürwortet und bestimmte Bürgschaften (für Verzinsung und Abtragung) übernimmt. Es ist nicht nötig auseinanderzusetzen, welche Machterweiterung für den Unternehmerverband damit verbunden ist. Im deutschen Unternehmertum hat jetzt ein neuer Organisationsprozeß begonnen. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts begann die Organisation der Unternehmer auf örtlicher und beruflicher Grundlage. Sie führte überraschend schnell zur Herausbildung zentralisierter Berufsverbände. Schon vor dem Kriege begann ein neuer Prozeß in dieser Sammlung der Kapitalmacht. Er schritt langsam und ungleich voran; mancherlei Gegenstände standen im Wege. Die Änderungen im Aufbau und in der Verteilung des Industriekapitals im Gefolge des Krieges, die wir mehr ahnen als kennen, machten den Weg frei und gaben ihrerseits neuen Ansporn.

Heute steht das Organisationswesen der Unternehmer ganz und gar in der Vorbereitung auf die großen Zukunftsaufgaben, deren Mittelpunkt die Lohnfrage bildet.

Vor der Bedeutung dieser Frage verschwinden alle Gegensätze, die früher die Geschlossenheit erschwerten.

Man wird es angesichts dieser Entwicklung mit einiger Erleichterung begrüßen, daß auch die Gewerkschaften den letzten Jahre zum erstenmal während des Krieges wieder an Mitgliederzahl gewonnen. Der Gewinn beläuft sich bei den Zentralverbänden (freien Gewerkschaften) auf 330 000, wovon 130 000 auf die Frauen entfallen. Sehr wahrscheinlich werden auch die anderen Organisationen gewonnen haben. Aber trotz dieser Gewinne behält die durch die Entwicklung auf Unternehmenseite geschaffene Lage ihren Ernst. Alles in allem gerechnet, wird heute nicht mehr als ein knappes Sechstel aller lohnarbeitenden Personen gewerkschaftlich organisiert sein. Für die Gestaltung des künftigen Arbeitsverhältnisses hängt natürlich viel davon ab, ob und in welchem Umfange dieser Anteil erhöht werden kann. Bei der Beurteilung des späteren Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit müssen wir unsere Vorstellungen erweitern. Bisher — das heißt im Frieden — vollzog sich die Auseinandersetzung über den Lohnanteil des Arbeiters und Unternehmers, und die letzte Entscheidung fiel, wenn nicht anders, im offenen Arbeitskämpfe. Manche Erwägung spricht dafür, daß die aus dem Kriege hervorgehende neue Gesellschaft auch andere Formen für den Austrag dieser Gegensätze herausbilden wird. Die Ueberwindung der Kriegsschäden ist so sehr eine Sache der Allgemeinheit, daß die öffentliche Gewalt mit ihrem früheren System der Wirtschaftspflege nicht mehr auskommen wird — sie wird es beirrächtlich zu erweitern haben. Erklärte sich der Staat früher bei den Arbeitskämpfen als neutral und begnügte er sich mit der Aufrechterhaltung der sogenannten öffentlichen Ordnung, so wird die Zukunft ein solches Verhalten nicht mehr erlauben. Die sogenannte öffentliche Ordnung im Polizeisinne wird dann eine Bagatelle gegenüber den durch jeden Arbeitskämpfe gefährdeten Interessen der ganzen Wirtschaftsgemeinschaft sein. Die Verhütung der Arbeitskämpfe wird eine der zwingendsten öffentlichen Aufgaben werden. Wenn aber die Staatsgewalt sich verweigert, diese Verhütung durch Beschränkung der Organisationsfreiheit zu erstreben, so würde sie sofort die Erfahrung machen, daß das nicht möglich wäre. Was vor zwanzig Jahren schon scheitern mußte, würde heute erst recht nicht gelingen. Der einzige gangbare Weg bleibt die Schaffung weitest möglicher Ausgleichsmöglichkeiten. Das Arbeitskammergesetz zeigt heute schon die Richtung an, die solche Bestrebungen einschlagen müssen. Wir kennen heute nur den Entwurf und können noch nicht ermessen, in welcher Form er Gesetz wird. Aber wie dies Gesetz auch ausfallen mag: es wird immer nur einen Anfang des neuen Sozialrechts bilden, das kommen wird, weil es kommen muß. Das neue kommende Sozialrecht wird in seinem Kerne eine wesentlich erhöhte Teilnahme der öffentlichen Gewalt an der Bildung des Arbeitsverhältnisses bedeuten.

Es bedarf eigentlich gar keiner breitpurigen Erörterung, wie sich die Arbeiterschaft dieser Entwicklung gegenüber zu verhalten hat; ob sie ihr grundsätzlich ablehnend oder zustimmend gegenübersteht, ist für die Praxis unerheblich, denn diese Entwicklungen hängen nicht allein von unserem Willen ab. Die Aufgabe der Arbeiterpolitik wird sein: bei der Gestaltung des neuen Sozialrechts das Interesse der Lohnarbeiterklasse nach jeder Richtung hin zu wahren. Als Sozialist ist unser Standpunkt dadurch gegeben, daß hier ein neues, wichtiges Gebiet der gesellschaftlichen Funktionen der öffentlichen Organisation unterworfen wird. Als Arbeiter müssen wir uns sagen, daß gegenüber der mächtig erstarrten Kapitalmacht nur eine ungleich größere Macht der organisierten Arbeit bestehen kann. Diese aber können und werden wir durch eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung erlangen. Schon die einjährige Tätigkeit der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterausschüsse hat die Organisation der Massen mächtig gefördert, wieviel mehr ist diese Wirkung von einer auf breiterer Grundlage beruhenden öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung zu erwarten!

Die hier angeedeutete Entwicklung läßt die Bedeutung des politischen Kampfes der Lohnarbeiter und Angestellten in einem viel helleren Lichte erscheinen. Der Charakter der Staatsgewalt entscheidet hierfür nicht bloß über Steuer- und Wahlrechtsfragen, über Rüstungs- und Handelspolitik, sondern auch über die Stellung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis. Wird dadurch ein politischer Kampf zu einer hervorragenden Notwendigkeit, so wird er aber auch die Massen bis in die äußersten Tiefen aufrütteln und in seinen Banankreis ziehen. Nicht Ueberzeugungen und Ideale, sondern die täglich gefühlten Interessen im Arbeitsverhältnis werden die Massen in das politische Getriebe führen.

So werden wir am Ende des Krieges vor dem Anbrüche einer grundsätzlich neuen Entwicklung stehen. Wir, die wir das Nahen dieser neuen Zeit zu erkennen glauben, sollten auch erkennen, was sie heute schon von der Masse der Arbeiter und Angestellten fordert: Einheitsfront des Wirtens! Die Zeit ist vorüber, wo wir uns den Luxus jener Kräftezerplitterung leisten konnten, die das heutige deutsche Gewerkschaftswesen kennzeichnet. Drei, christliche, sibirische, polnische Gewerkschaften, dazu die syndikalistischen Splitter, die katolischen Jahrbuchteilun-

gen, die verschiedenen Richtungen und Gruppen der kaufmännischen und technischen Angestellten — und zwischen ihnen der bitterste Konkurrenzstreit — das ist das Bild der deutschen Gewerkschaften. Es hat seine geschichtlichen Gründe, es ist das Ergebnis eines halben Jahrhunderts. Diese Zerfahrenheit konnte entstehen und sich behaupten, weil sich die Fragen des Arbeitsverhältnisses im örtlich und beruflich begrenzten Rahmen entschieden. Diese Zeit ist vorüber! Gewiß werden immer wieder Konflikte ausbrechen, die sich in einem einzelnen Beruf, in einem einzelnen Orte und in einem einzelnen Betriebe abspielen. Aber die Grundlagen der künftigen Arbeitsverfassung und der Arbeitsbedingungen werden in wenigen großen Zügen entschieden werden. Und hier wird der Einfluß der Lohnarbeiter immer größer sein, je geschlossener sie in der Wahrung ihrer Interessen auftreten.

Fremdlich: der völligen Einigung aller bestehenden Organisationseinrichtungen liegt heute noch so viel im Wege, daß die Zeit dafür noch nicht gekommen ist. Aber was ihr entgegensteht, ist Ideologie, und keine wirtschaftlichen Interessen. Es ist vor allem der politische Glaube; man muß ihn als eine Realität respektieren und darf doch aussprechen: für die Erfolge einer gewerkschaftlichen Organisation ist es, wenn sie sonst Kraft und Willen zur Tatfahrigkeit hat, von untergeordneter Bedeutung, ob die Mehrheit ihrer Mitglieder politisch mit Ledebour oder David, mit Naumann oder Trimborn denkt. Alles kommt hier darauf an, in dem Streite um die Grundlagen des Arbeitsverhältnisses der Macht eines einheitlich auftretenden Kapitals einen geschlossenen Willen der organisierten Arbeit entgegenzustellen. Wie stark das Gefühl für die Solidarität der Arbeiterinteressen heute schon ist, zeigt uns das Zusammenwirken der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen bei der Stellungnahme zu besonderen Streitfragen, in der Gesellschaft für Soziale Reform und im Volksbund. Es wäre kleinliche Borniertheit, sich durch die Erinnerung an einstige Konflikte davon abhalten zu lassen. Wir müssen den Blick nach vorwärts richten und die Gemeinschaftsarbeit der Gegenwart beherzt bejahen, um die Arbeitsgemeinschaft der Zukunft zu sichern.

## Ein anerkennungswürdiger Schritt.

Drei holländische Kammermitglieder für die Einleitung von Friedensverhandlungen.

Die Mitglieder der Zweiten holländischen Kammer Drees, Koolen und Ruitger stellen im „Nieuwe Courant“ die Frage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, wo man von neutraler Seite eine Brücke schlagen kann zwischen den beiden kriegführenden Parteien. Sollte nicht eine neutrale Regierung zu den Zentralmächten sagen können: Wir glauben zu wissen, daß Ihr keinen Eroberungskrieg führt, wir glauben auch aus den Erklärungen eurer Staatsmänner schließen zu können, daß Ihr bereit seid, Belgien seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit wiederzugeben, Frankreich zu räumen und im allgemeinen bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und bei einem Völkerbunde mitzuwirken? Und sollte nicht gleichzeitig zu den Regierungen der Ententemächte gesagt werden können: Wir glauben richtig verstanden zu haben, daß Ihr nicht die Vernichtung Deutschlands und eine Zerstückelung Österreichs verlangt, daß Ihr den Krieg gegen die Zentralmächte nicht als wirtschaftlichen Krieg weiterführen wollt, daß Ihr bereit seid, auf der Grundlage der vier Wilsonschen Sätze den Krieg zu beenden? Sollten nicht diese Fragen eine glatte Bejahung zur Folge haben? Es könnte jetzt Hollands Mission sein, durch seine Initiative eine große Tat für den Frieden zu tun.

Im Zusammenhang hiermit steht folgende Meldung aus Rotterdam:

Drei Mitglieder der holländischen Zweiten Kammer, Drees, Koolen und Ruitger, haben eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: In den letzten Wochen vor der deutschen Offensive wurde allgemein über eine englische Friedensoffensive gesprochen. Aus einer Anzahl amtlicher Erklärungen geht hervor, daß es sich jetzt nicht mehr um kleine Gruppen der Bevölkerung, oder um mehr oder weniger einflussreiche politische Persönlichkeiten handelt, die den Willen zum Frieden durch Unterhandlungen betonen, sondern daß jetzt auch amtliche Regierungspersonen Wert darauf legen, mit dem größten Nachdruck zu erklären, daß die Regierung kein irgendwelches Mittel außer acht läßt, um zu erreichen, ob die Möglichkeit bestehe, auf ehrliche Weise den Krieg zu beenden. Auch dem Gedanken, daß der Frieden durch Unterhandlungen erlangt werden kann, stehen sie nicht mehr fremd gegenüber. Während die deutsche Offensive noch im Gange ist, hat auch auf Seiten der Mittelmächte in erschütterlicher Weise eine neue Friedensoffensive begonnen. Es scheint also, daß trotz der Fortsetzung des Krieges auf beiden Seiten der Kriegführenden das Verlangen nach Frieden stärker denn je zum Ausdruck kommt. Wir meinen mit diesem Verlangen nach Frieden selbstverständlich keinen Annexions- oder Gewaltfrieden. Aber ein derartiges Verlangen würden wir uns vom neutralen Standpunkt aus nicht heuen können. Wir glauben jedoch, daß man auf beiden Seiten mehr und mehr einzusehen beginnt, daß das Ende dieses Krieges nur ein dauernder rechtfertigter Frieden, also ein Verständigungsfrieden der Deutschen oder ein laubener Frieden der Entente sein kann. Man beginnt dies nicht nur einzusehen, sondern



Wenn man erklärt sich auch bereit zu einem herabstufenden Frieden, und nicht seine Ehre darin, dies zum Ausdruck zu bringen. Aber man beschuldigt die Gegenpartei, daß sie nicht mit einem derartigen Frieden einverstanden ist. Man muß sich dabei fragen, ob das Vermittlungswort nicht von neutraler Seite gesprochen kann, und wir Holländer denken dabei natürlich in erster Linie an unsere Regierung. Vor Kurzem wurde von einer antilichischen Person eines kriegsführenden Landes bereits von der Möglichkeit, auf diesem Gebiet die Hilfe der holländischen Regierung in Anspruch zu nehmen, gesprochen. Wir denken dabei an die Rede des englischen Ministers Barnes, der am 17. Mai sagte: Amerika könne sehr gut Holland ermahnen, die Initiative zu ergreifen und die alliierten Regierungen aufzufordern, jetzt im Haag zur Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz zusammenzutreten. Zwar war bei dieser Gelegenheit nicht die Rede von einem Austritt als direkter Vermittler. Aber die Rede zeigt doch, daß man auch im Zustande Holland einer besonderen Platz in der Friedensfrage einräumt. Sollte es nicht die Aufgabe Hollands sein können, jetzt im Interesse des Friedens durch Ergreifung der Initiative eine große Tat tun zu können?

Dieses müßte — so sagt sich der gesunde Menschenverstand — doch eigentlich zum Ziele führen. Er wäre geeignet, zunächst die Kriegsführenden zusammen zu bringen. Leider aber besteht wenig Aussicht, daß dieses Vergehen Erfolg haben wird. Man lese nur die nachstehend behandelte Rede Lord Georges, um zu ersehen, wie weit wir noch von dem von der Menschheit heiß ersehnten Ziele des Friedens entfernt sind.

## „Wir geben nicht nach.“

Lord George bietet das Leuzerste auf an Energie des entflammenden Wortes, um den Kriegswütler in England zu mildem Brande emporzutreiben. Auf dem Jahresfesten des Verbandes der Buchdrucker hielt er eine Rede auf die Bundesgenossen. Er begann mit einer Suldigung an die Amerikaner und fuhr fort: „Die Rede, zu der Sie mich aufgefordert haben, ist dem Erfolg der Sache der Alliierten gewidmet. Wenn aus irgendeinem Grunde die Alliierten keinen Erfolg haben würden, so würde es eine traurige Welt sein, in der wir leben müßten.“ Dieses Thema machte Lord George zum roten Faden seiner Rede, in der alle Schlagworte gegen den Feind eng aneinander geschweißt widerstanden. Dithyrambisch wurden die Alliierten gefeiert, wurde ihr Nationalstolz gestiftet, der englische voran, dann der belgische, endlich der französische. Das leitete zur Hauptphase der Rede über, dem Appell an die Einigkeit. Lord George sagte:

Ich habe den Franzosen gesehen und sah nie ein Zeichen von Angst im Gesicht eines Franzosen. Sie sind voll Mut, voller Entschlossenheit, bis zum Ende zu kämpfen. Frankreich ist einig als jemals. England ist einig. Einigkeit und Entschlossenheit sind die Eigenschaften, die wir jetzt brauchen. Wir haben unsere politischen Meinungsverschiedenheiten begraben. Aber sie werden so oder so wieder auferstehen. Diese Gegenstände sind das wahre Wesen der Freiheit. Aber im Augenblick haben wir nur ein Ziel. Die Kleinigkeiten, die in gewöhnlicher Zeit bedeutungsvoll sind, verlieren ihre Wichtigkeit, wenn man erfährt, daß die Dämme gebrochen sind, und daß eine fürchterliche Flut die Felser des Nachbarn verwüsten, sein Haus zerstört und in unsere eigene Nähe dringt; dann vergrüßt man alle Kleinigkeiten und eilt zur Hilfe, um die Flut einzudämmen. Darum handelt es sich jetzt bei uns. Wenn wir es getan haben, werden wir uns wieder mit anderen Dingen beschäftigen, aber die Probleme werden andere und die Methoden werden verschiedene sein. Inzwischen wollen wir ein einiges Volk sein (lebhafter Beifall), einig im Ziel, einig im Mut, einig in der Entschlossenheit, nicht nachzugeben. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen wie Vellendroger diese starke Flut anfallen und sie brechen. (Lebhafter Beifall.)

In England werden zurzeit neue Mannschafsmassen aus der Bevölkerung herausgeholt, um für die französischen Schlachtfelder fertig gemacht zu werden. Dies will vor allem in Rechnung gezogen sein, wenn man die rhetorischen Trommelwirbel des englischen Ministerpräsidenten rasch begreifen will. Daß aber die Regierung Lord Georges das englische Volk eben nicht einig hinter sich weiß, ist das andere, was vernehmlich aus der Rede herausklingt. In Irland sucht man sich der „Gegensätze“ durch Vergewaltigung zu erwehren. In England aber geht das nicht an. Hier soll nun das hirnnummehelnde Wort Wunder heiligen.

## Was der Krieg bringt.

Die deutschen Heeresberichte.

WZ. Großes Hauptquartier, 9. Juni. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegsausflug.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf lebte am Abend stillos auf und nahm heute früh im Kammelsgebiet, südlich von der Somme und an der Höhe von Stärke zu. Teilangriffe der Franzosen südlich von Spere der Engländer nördlich von Beaumont-Hamel wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Düne lebte die Geschützartillerie auf. Verlässige Angriffe der Franzosen auf dem Südufer der Somme und südlich des Durcq scheiterten. Eigener Vorstoß südlich von Cuiry brachte Gefangene ein. Amerikaner, die nordwestlich von Chateau-Thierry erneut angegriffen versuchten, wurden unter schweren Verlusten und unter Einbuße von Gefangenen über ihre Ausgangsstellungen hinaus zurückgedrängt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei erfolgreicher Unternehmung auf dem Hügel der Mofel wurden wir Gefangene.  
Sechsmal Kroll erregte seinen 24. und 25. Feldwebel Sumen seinen 23. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

Berlin, 9. Juni, abends. (Amtlich.)

Wichtig der Dije nahmen wir die Höhe von Gern und die anschließenden feindlichen Linien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 8. Juni, abends: Fremde legerer Artilleriekampf bei Senguen-Schieren, zwischen der Düne und Miane und südlich der Höhe. Wir machten bei Reuilly und bei der Lombardeyfort von Bulaines Fortschritte und drangen in das Dorf Ruy ein. Der Feind versuchte unsere Gefangenen an der Front von Chezy-Dammaré erzwungenen Vorteile einzudämmen, indem er heftige Gegenangriffe machte. Unsere Truppen konnten alle Vorteile des Feindes, der erhebliche Verluste erlitt, zum Scheitern bringen. Wir besetzten alle unsere Geviere. Der Tag war fast überall ruhig.

Englischer Bericht vom 8. Juni, abends: Wir unternehmen in der letzten Nacht südlich von Arras einen Vorstoß gegen die feindlichen Stellungen und führen den Beschuss der Düne an. Im frühen Morgen führten französische Truppen eine Heime Unternehmung südlich von Dierbach erfolgreich durch und besetzten dabei 47 Gefangene.

Amerikanischer Bericht vom 8. Juni: Nordwestlich von Chateau-Thierry wurden nachts nach Artillerievorbereitung feindliche Angriffe auf einer Front von 2 Meilen gemacht. Diese wurden mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen, ohne daß er unsere Linien an irgend einer Stelle erreichen konnte. Von den anderen von unseren Truppen besetzten Stellen ist nichts zu melden.

Englische Darstellung der Lage an der Westfront.

Holländisch Kriegsministerium meldet aus London: Reuters Korrespondent an der Westfront gibt folgende Zusammenfassung der militärischen Lage: „Zwischen dem 31. Mai und dem 3. Juni haben die Deutschen erhebliche Fortschritte auf der Linie von Nonon-Chateau Thierry gemacht, nämlich 4 bis 6 Meilen zwischen Coissons und Chateau-Thierry und 1 bis 2 Meilen zwischen Coissons und Nonon. Die deutsche Linie in der neuen vorrührenden Ecke geht jetzt etwas mehr westlich, aber gerade nach der Wisne, dann nach dem Süden fünf Meilen westlich Coissons bis Longpont und bis zum Durcq. Weiter biegt die Linie sich etwas nach dem Westen bis auf eine Meile von Fere und geht von dort östlich bis an die Marne mit einer kleinen südwestlichen Ecke kurz vor dem Fluß. Seit dem 3. Juni haben die Deutschen nur örtliche Angriffsversuche unternommen und zwar, um die Uebergänge über die Düse, Wisne und den Durcq zu erobern. Innerhalb der letzten drei Tage ist der französische Widerstand viel kräftiger geworden. Der feindliche Fortschritt ist somit lahmgelegt, und eine unmittelbare Gefahr besteht nicht mehr. Es bestehen Anzeichen dafür, daß die Deutschen jetzt die Absicht haben, den Frontangriff zwischen Marne und Montdidier wieder fortzusetzen. Aber diese Anzeichen sind unbestimmt, und die Deutschen können vielleicht einem mehr westlichen Angriff auf Amiens den Vorzug geben. Durch die Zurücknahme unserer Linien ist die Schlachtfeldfront verlängert worden, was für uns, da wir zahlenmäßig unterlegen sind, ein Nachteil ist. Dennoch besteht kein Grund zur Beunruhigung.“

Die Beute im Westen.

Durch die Erfolge der kriegreichen Armee des deutschen Kronprinzen wuchs die Beute aus den arden Römpan im Westen seit dem 21. März nunmehr auf 185 000 Gefangene, über 2250 Geschütze und viele Tausende Maschinengewehre. Die Einbuße an nicht annähernd zu schätzendem Kriegsmaterial und Gerät aller Art kostete der Entente ungeheure Werte.



Die deutsch-englischen Austauschverhandlungen

haben gestern im Haag begonnen. Es wurde folgendes Programm aufgestellt:

1. Die Einhaltung der bereits bestehenden Uebereinkünfte.
2. Die Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen.
3. Verhaltensmaßregeln.
4. Die Vorbereitung des Abkommens für die Rückkehr in das Vaterland oder Internierung in einem dritten Lande von Kriegsgefangenen und bürgerlichen Internierten.
5. Die bei der Auswahl der unter Punkt 4 fallenden Kategorien von Kranken und Verwundeten einzuhaltenden Methoden.
6. Die Verbesserung der Zustände in den Lagern mit Einschluß der Ernährung von Kriegsgefangenen und Internierten.

Es wird allseitig mit Freuden begrüßt werden, daß hier die „Feinde“ zusammenkommen, um sich über gewisse Fragen zu einigen. Sollte es nun wirklich nicht möglich sein, auch einmal eine Konferenz zunächst einmal aller europäischen Kriegsführenden einzuberufen, auf der man sich über die Hauptfrage: „Wie kann der Selbstzerfleischung Europas Einhalt geboten werden?“ unterhält? Der gesunde Menschenverstand begreift es nicht, daß so etwas im gegenwärtigen Moment nicht möglich sein soll. Aber leider regiert ja auch nicht die Vernunft, sondern der Wahnsinn die Welt!

Die Ukraine und Besarabien.

In einer Antwortnote an die rumänische Regierung erklärt die ukrainische Regierung, daß die Besarabische Bevölkerung die Vereinigung mit der Ukraine anstrebe und daß das Kolbauparlament nicht zur Abstimmung von der Bevölkerung bevollmächtigt gewesen sei.

Wir können den letzteren Einwand natürlich nicht nachprüfen. Zu verlangen ist aber, daß die Bevölkerung in ausreichender Weise Gelegenheit erhält, ihren Willen zu dokumentieren.

Die Gegenrevolution in England

erhob in der letzten Zeit wieder drohend ihr Haupt. Demgegenüber ist die Moskauer Regierung bemüht, durch die allgemeine Wehrpflicht, die auf Beschluß der Sozialregierung an Stelle des Freiwilligenwesens treten soll, einen Damm gegenüber dieser Gegenrevolution zu schaffen. In Ostibirien haben die Bolschewike ansehnlich gegenüber dem Kasakengeneral Semenow einen Erfolg errungen. Die Aktion dieser Gegenrevolutionäre ist als gefährlich anzusehen. Die Truppen Semenows sind mehrfach auf dieses Gebiet geschickt; Ustischerin verlangt jetzt die Entlassung. Auch die Hohen-Slawische Bewegung scheint anzunehmen. In einer Proklamation teilt Trotski mit, daß das Kommando der Frontarmee Befehl erhalten habe, Parlamente der Hohen-Slawischen Truppen zu empfangen. Die Gegenrevolution ist hiernach ziemlich ungedrückt; sie wird aber von Zeit zu Zeit wieder aufleben und deshalb liegt es im Interesse der Sozial-

regierung, wenn sie einer Verpflegungskrise vorbeugt. Die B. L. L. meldet darüber: Der ausführende Hauptausflug nahm den bolschewistischen Antrag an, wodurch das Kriegskommissariat aufgefordert wird, innerhalb einer Woche die zwangsweise Mobilisation der Bauern und Arbeiter zu proklamieren. Diese Maßnahme wurde getroffen angesichts der Agitation der Gegenrevolutionäre, welche die Verpflegungskrise dazu zu benutzen suchen, die Herrschaft der Kapitalisten und Agrarier wieder herzustellen.

Kämpfe in Italien.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht besagt:

WZ. Wien, 9. Juni. (Amtlich.)

Die italienische Erkundungstätigkeit erfährt eine weitere Steigerung; blieb aber überall erfolglos. In Judarien und bei Sigaio trieb der Feind Abteilungen von Bataillonstärke gegen unsere Stellungen; sie wurden durch Feuer abgewiesen. Sehr erbitterte Kämpfe entwickelten sich aus wiederholten Angriffen auf dem Monte Perica. Der Feind stieß hier nach heftigem, um Mittag zur größten Kraft anwachsendem Geschützfeuer in ein Kilometer Frontbreite vor. Seine Anstürme scheiterten an der trefflichen Wirkung unserer Artillerie und der Tapferkeit unserer Kämpfer im Schützengraben. In stark gelichteten Reihen stürzte der Gegner auf seine Linien zurück. Gefangene und Kriegsmaterial blieben in unserer Hand. Besonders Anführung verdient das bewährte Kommando Feld-Jäger-Bataillon Nr. 19; es hat den Hauptanteil an dem Erfolg. Auch an der Piave-Mündung scheiterten alle Erkundungsversuche des Gegners.

Clemenceaus Hoffnung.

Die „Humanite“ schreibt, daß Clemenceau die Abgeordneten der Kammer darauf vorbereitete, daß das zahlenmäßige Gleichgewicht an der Westfront erst mit dem Eintritt der Amerikaner wieder hergestellt sein werde. Er hoffe, der Krieg werde noch in diesem Jahre seinem Ende entgegengeführt werden.

Ausweisung der Deutschen aus China?

Die „Daily Express“ meldet aus Tokio: China hat beschlossen, alle Deutschen auszuweisen. Es werden etwa 7000 bis 10000 Personen von diesem Beschluß betroffen. Die Ausgewiesenen sollen in Australien interniert werden.

Zu einem solchen Vorgehen liegt weder ein rechtlicher, noch ein moralischer Grund vor, da wir uns mit China doch nicht im Kriegszustand befinden. Wenn die Meldung zutrifft, dann dürfte das Vorgehen Chinas auf den Befehl der Entente zurückzuführen sein.

Die U-Boot-Gefahr an der amerikanischen Küste.

Eine Neutermeldung aus Newyork besagt: Ein U-Boot versenkte am Freitag morgen den norwegischen Dampfer „Winland“, 1143 Tonnen. Ungefähr 19 Ueberlebende wurden gebadet.

Der „Exchange Telegraph“ meldet aus Newyork: Die Regierung setzte Prämien auf die Sichtung der deutschen U-Boote. Die Sperre der amerikanischen Häfen ist vorläufig auf acht Tage angeordnet. Man hat die zwangsmaßige Internierung aller feindlichen Staatsangehörigen in Newyork und den atlantischen Staaten beschlossen. Die „Times“ meldet aus Newyork, daß über 50 Flugzeuge und 20 Kriegsschiffe zur Aufforschung der U-Boote aufgeboden seien.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. Juni. (Amtlich.)

Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 10 500 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein tiefbeladener, mittelgroßer Frachtdampfer, der aus stark gehärtetem Geleitzuge herausgeschossen wurde.

Berlin, 9. Juni. (Amtlich.)

Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 12 500 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffraum. U. a. wurde ein mittelgroßer französischer Dampfer aus einem durch vier Zerstörer gehärteten Geleitzuge herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Nachrichten.

Am 2. Mai trieben an der holländischen Küste 41 Minen an, von denen 39 englischer, eine deutscher und eine unbekannter Herkunft waren. Im ganzen trieben seit Kriegsbeginn 4559 Minen an, darunter 3682 englischer, 80 französischer, 335 deutscher und 462 unbekannter Herkunft.

„Berlagske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Der französische Konsul teilte der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten im Senat mit, daß jedes finnische Unternehmen gegen die Murman-Küste von Frankreich als Neutralitätsbruch betrachtet würde.

Der französische Botschafter Nouleus beantwortete die Aufforderung der russischen Regierung nach seiner Auberung durch die Erklärung, Lschitserin habe seine Worte entstellt, als er ihm anexionistische Gedanken unterichob. Frankreich und die Alliierten blieben Freunde des russischen Volkes und denken nicht daran, durch Eroberungen oder Verjuche dazu in Rußland die Mitherrschafft zu erlangen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preussische Wahlrechtskommission.

Nach einer Berliner Meldung kann das preussische Wahlrechtskompromiß als abgeschlossen gelten. Die Mißgeburt sieht nach dieser Meldung so aus: Der Entwurf sieht vor, daß eine Zusatzstimme für Alter und eine zweite für zehnjährige Selbständigkeit im Beruf mit der Alternative zehnjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit abgegeben werde. Die ritterchaftliche Selbständigkeit im plutokratischen Sinne ist also von der zweiten Zusatzstimme ausgeschlossen worden, ebenso das Beamtentum. Ferner sollen die Sicherungsanträge angenommen werden, darunter die konfessionellen des Zentrums und bei der Vorlage auf Abänderung der Verfassung ein Sicherungsantrag auf Durchföhlung beider Häuser bei Finanzgelegen.

Man erwartet hier noch Anträge für die zweite Zusatzstimme für Familien und für zehnjährige Ortsansässigkeit. Mit der Regierung und dem linken Flügel der Nationalliberalen hat man sich nicht in Verbindung gesetzt. Heute normittag finden die entscheidenden Fraktionssitzungen statt.



Der Antrag soll dann vom Ausschuss formuliert und auf Grund der endgültigen Beschlüsse noch redaktionell abgeändert werden, um als neuer Kommissionsantrag im Plenum eingebracht zu werden.

Wir müssen schon sagen, daß dieses Wahlrecht, wenn es wirklich Gesetz werden sollte, als ein Faustschlag ins Gesicht aller freiheitsliebenden Deutschen empfunden werden muß. Die Regierung kann einem solchen Vorschlage unmöglich zustimmen, wenn sie nicht das Odium auf sich laden will, daß sie es mit ihren Versprechungen überhaupt nicht ernst genommen hat.

**Ausweisungen aus Bayern.**

Eine interessante Interpellation wegen Ausweisungen aus Bayern hat der unabhängige Sozialdemokrat Simon in der bayerischen Abgeordnetenkammer eingebracht. Sie lautet: „Ist der Staatsregierung bekannt, daß durch bayerische stellvertretende Generalkommandos in letzter Zeit wiederholt politisch mißliebige, in Bayern ansässige Personen aus Bayern ausgewiesen oder in Bayern an einen Zwangsarbeitsort verbracht worden sind, wodurch sie und ihre Familien in schwerer Weise getroffen wurden? Gedenkt die königliche Regierung diese Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos rückgängig zu machen, um für die Folge ein ähnliches Vorgehen zu verhindern?“

**Oesterreich-Ungarn.**

**Die Wahlreform in Ungarn.** Der Wahlrechtsauschuss erledigte heute die Wahlreformvorlage auch in der Einzelheit. Unter anderem wurde die obligatorische Stimmpflicht in Bezirken mit geheimer Abstimmung beschlossen.

**Schweden.**

**Der Gemmichub des Fortschritts.** Der Regierungsantrag auf die Reform des Gemeindefortschritts wurde in der ersten Kammer mit 70 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Die zweite Kammer nahm den Antrag mit 122 gegen 50 Stimmen an.

**Aus Südbad und den Hochborgebieten.**  
Montag, 10. Juni.

**Was soll werden!**

Was soll werden? So fragen die Leute, die nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem fargen Einkommen das bishige, was heute zur Zeit zu des Lebens Nahrung und Notdurft für sie zur Verfügung steht, bezahlen sollen. Sprunghaft klettern die Preise in die Höhe und gehen allmählich ins Fabelhafte. Man ist ja in den nahezu vier Kriegsjahren allerlei gewohnt geworden und hat oft genug gemeint, es könnte nicht schlimmer werden, aber es geht unaußahmlich weiter auf der Bahn des Wahnsinns. Jeder Dreck kostet ein kleines Vermögen; wenigstens ist es ein Vermögen für den, der zu den Armen gehört. Freilich soll es ja keine heute kaum noch geben und die Arbeiter verdienen Ministerlöhne, wie die Kriegsgewinner sagen, „hah!“ wenn es wirklich noch Kostende gibt, nur der Mittelstand in Frage kommen könnte. Es soll gewiß zugegeben werden, daß der Mittelstand unter dem Kriege zu leiden hat, einzelne dem Mittelstand angehörige Leute sehr sogar. Da aber aus der Mittelstand der Meinung ist, wenigstens es häufig ausprüchlich, daß sich die Arbeiterschaft heute weit besser habe als er, so ist nicht recht zu begreifen, weshalb denn bei den Mittelstandskleuten so wenig Neigung ist, in die Fabriken zu gehen und als Arbeiter an den fabelhaften Löhnen teilzunehmen. Da die Mittelstandskleute ja meistens parjam sind und nicht, wie man es von den Arbeitern so gerne sagt, ihr Geld verdienen, könnten sie sich ja auf einen grünen Zweig bringen. Sie drängen sich aber nicht dazu. Wie so mancher Reiche, der zum Hilfsdienst sehr gut tauglich wäre, aber patriotisch in der Welt herumhummelt und das Märchen von den hohen Arbeiterlöhnen erzählt, hat auch mancher vom Mittelstand ein Paar gefunden in der nach seinen Reden so außerordentlich gut bezahlten Fabrikarbeit. Es muß also wol in Wirklichkeit etwas anders stehen, als man sich so gerne zu eigener und anderer Beruhigung erzählt.

Aber einerlei, schließlich muß auch der fragen, der persönlich keine Not leidet: Was soll werden? Soll die Preisfetterei so weiter gehen? Ist die Entwertung des Geldes unaußahmlich? Heute gilt die Mark kaum noch ein Drittel ihres früheren Wertes. Gemüß hat der Staat ein Interesse an der Wertaufrechterhaltung, den Markkurs zu heben mit Rücksicht auf das Wirtschaftsleben und den Handelsverkehr mit dem Auslande. Aber man fragt doch, wie weit denn die Geldentwertung und damit alles Ungemach, das damit verbunden ist, noch gehen soll. Jene, die etwas von Volkswirtschaft verstehen, wissen, daß die Entwertung des Geldes und das damit verbundene Steigen der Preise, oder auch umgekehrt, die Lohnarbeiter am schwersten trifft, indem er nicht imstande ist, einen entsprechenden Ausgleich so schnell zu schaffen. Wenn nun gar der Zustand eintreten sollte, der ein Ueberangebot von Arbeitskräften bringt, so kann es für die Arbeiterschaft zur furchtbarsten Katastrophe führen. Wer heute wirklich halbwegs verdient, kann dann auf einen Tiefstand der Lebenshaltung gebracht werden, der ihm noch weniger bei volkum genügenden Warenbeständen zu laufen gestattet, als er jetzt bei Warenmangel und Teuerung zu laufen in der Lage ist. Deshalb ist es ja auch verrückt, wenn die Arbeiter gerade jetzt auf ihre gewerkschaftlichen Organisationen keinen Wert legen. Gibt es doch Arbeiter, die; wenn die Weltgeschichte nicht gerade nach ihrer Mühe gegangen ist, das Kind mit dem Bad ausschütten und dann wunder noch meinen, wie geklaut und läßt sie gehandelt haben.

Wie soll das werden? Unermögliche Kriegsgewinne werden heute in Industrie und Landwirtschaft erreicht. Die Kriegsgewinner wissen tatsächlich nicht, wozu sie mit ihrem Gelde sollen, und wenn die Drohung vereinzelt laut geworden ist, daß man keine Kriegsanteile mehr zeichnen wolle, wenn die Regierung den Leuten an der Spitze nicht zu willigen sei, so hat es so große Bedeutung nicht, denn die Herren müssen ihr Geld los sein; alles in industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen anzulegen, ist heute ebenfalls nicht möglich. Freilich haben's die Kriegsgewinner schließlich dazu, eine Zeitlang wohl einmal einige Milliarden zurückzuhalten, doch das Geld drängt nach Betätigung, im anderen Falle ist es nur der Form, nicht dem Werte nach noch Geld. Woher kommen denn die Kriegsgewinne, kommt der ungeheure Reichtum, den der Krieg einzelnen bringt? Zeigt unser Land so viele neue Werte? Wird der sogenannte Nationalreichtum größer? Nichts von alledem! Im Gegenteil wird das Land durch den Krieg ärmer, weil große Werte vernichtet und andere nicht entsprechend wieder erzeugt werden können, so daß der Nationalreichtum bedeutend abnimmt. Aber irgendwo muß doch der Reichtum her, der den Reichen zufließt! Es muß also auf der anderen Seite genommen werden. Und wer da sagt, daß man von den Arbeitern nichts genommen hat, weil sie meistens höhere Löhne als vor dem Kriege verdienen, der ist dumm, oder er stellt sich aus guten Gründen so. Alle, die nicht kapitalistisch engagiert sind bei der Kriegsmaschinerie, haben ihr Teil zu dem Reichtum der anderen beigetragen, nicht zuletzt jene, die da draußen an der Front ihr Leben einsetzen, indem ihr wirtschaftlicher Status von

**Der amtliche Kriegsbericht.**

**Heftige Kämpfe. — Weitere Fortschritte. 8000 Gefangene.**

W.B. Großes Hauptquartier, 10. Juni. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Zwischen Heras und Albert, südlich der Somme und an der Aare lebte der Artilleriekampf auf. Keine Erkundungstätigkeit hielt an.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
In kräftigen Angriffen brachen wir gestern in das Höhen Gelände südwestlich von Nonon ein. Westlich der Maas nahmen wir die französischen Stellungen bei Maxloux und Drivillers und stießen über Cuvilly-Riquebourg hinaus vor. Westlich der Maas wurden die Höhen von Geny erobert. Trotz jähren feindlichen Widerstandes erlängte die Infanterie den Weg durch die Wälder von Riquebourg und Camotte und warf den Feind über Bourmo-Moreuil zurück. Südlich und westlich von Laiffargy drangen wir weit in den Wald von Thiescourt ein. Heftige Gegenangriffe der Franzosen wurden abgewiesen. Wir machten etwa 8000 Gefangene und erbeuteten Gefänge.

An der Front von der Dije bis Reims ist die Lage unverändert. Derzeitige Kämpfe nördlich der Aisne, nordwestlich von Chateau-Thierry und von Brigan krachten Gefangene ein.

Gestern wurden 37 feindliche Flugzeuge und 6 Zeppelinballone abgeschossen. Lt. Kroll erlang seinen 27. und 28., Lt. Ubel seinen 27. und Lt. Kirschstein seinen 28. Aufstieg.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

vor dem Kriege sich oft sehr stark rückläufig verändert hat. Das Ganze jetzt übrigens ja nichts weiter als eine gekündete kapitalistische Tendenz, nur in weiträumigerem Ausmaß. Immerhin haben die Leute recht, wenn sie fragen, wozu das führen soll. Auf der einen Seite gibt es, wenn das so weiter geht, nichts mehr zu holen, d. h. das Volk ist dann im schlimmsten Sinne des Wortes ausgepowert, während man auf der anderen Seite mit dem Gewinn nichts mehr anzuknappen weiß. Daß dieser „freie“ Spiel der wirtschaftlichen Kräfte so bald ein Ende haben wird, ist unwahrscheinlich; es wird sich kaum wieder in bescheiden-kapitalistische Bahnen drängen lassen. Schon klopft Herr Kosside mit seinem Künstern bedenktlich an die Spitze unserer Zwangswirtschaft, das letzte Bollwerk gegen die totale Ausplünderung des Volkes. Sie wird ja zunächst noch standhalten, aber zuvorkommend genug ist man gegen die Liebhaber Kriegsgewinne jeder Sorte bis jetzt gewesen.

Alle wahren Freunde des Vaterlandes und seines Volkes müssen angesichts der Entwicklung der Dinge immer wieder fragen: Was soll werden? Soll diese gewaltige Riesmaschine ad libitum getrieben werden?

**Die Teuerungszulagen der länderlichen Beamten und Angestellten.**

haben wiederholt den Bürgerauschuss und die Presse beauftragt. In weiteren Kreisen unserer Bevölkerung besteht jedoch Unklarheit darüber, wie hoch diese Teuerungszulagen, die meist als unerschwinglich niedrig im Vergleich zu der Steigerung der Arbeiterlöhne hingestellt werden, in Wirklichkeit sind. Wir bringen deshalb eine Uebersicht über diese Teuerungszulagen. Seit dem 1. April 1917 wurden den Beamten und Angestellten folgende erteilte Kriegsteuerungszulagen nach amtlicher Darstellung gewährt:

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
	mit einem jährlichen Dienstverdienst von mehr als M. 2600 einschließl.	von mehr als M. 2600 bis M. 5300 einchl. monatlich	von mehr als M. 5300 bis M. 8500 einchl.
ledige Beamte und ledige, länger als ein Jahr im Staatsdienst beschäftigte ständige Angestellte	10	nichts	nichts
Verheiratete ohne Kinder	15	12	
mit 1 Kinde	27	23	10
2 Kindern	40	35	21
3 "	54	45	33
4 "	69	62	46
5 "	85	77	60
für jedes folgende Kind erhöht sich die Steigerung fortwährend um monatlich M. 1, also in der Gruppe 1 um 17, 18, 19 usw. in der Gruppe 2 um 16, 17, 18 usw. in der Gruppe 3 um 15, 16, 17 usw.			
jodas die Zulage bei 8 Kindern beträgt	102	98	75

Vom 1. April 1918 ab sind die zu zahlenden Kriegsteuerungszulagen folgendermaßen bemessen:

Beamte der Gehaltsklassen	A I—IV.								A V—XVI				A XVII—XXI			
	B I und II		C I—VIII		A V—XVI		A XVII—XXI		B I und II		C I—VIII		A V—XVI		A XVII—XXI	
Familienstand	bis zu M. 2600 einschließl.		von mehr als M. 2600 bis zu M. 5300 einschließl.		bis zu M. 2600 einschließl.		von mehr als M. 2600 bis zu M. 5300 einschließl.		bis zu M. 2600 einschließl.		von mehr als M. 2600 bis zu M. 5300 einschließl.		bis zu M. 2600 einschließl.		von mehr als M. 2600 bis zu M. 5300 einschließl.	
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
ledig	624	504	708	588	588	672	672	672								
verheiratet	900	864	1020	964	840	1104	960	960								
ohne Kinder	1116	1068	1248	1200	1044	1332	1176	1176								
desgl. mit 1 Kind	1344	1284	1488	1438	1260	1572	1404	1404								
2 Kindern	1584	1512	1740	1668	1488	1824	1644	1644								
3 "	1836	1752	2004	1920	1728	2088	1896	1896								
4 "	2100	2004	2280	2184	1980	2364	2160	2160								
5 "	2376	2268	2568	2460	2244	2652	2436	2436								
6 "	2664	2544	2868	2748	2520	2952	2724	2724								
7 "	2964	2832	3180	3048	2808	3264	3024	3024								
8 "																

**Die Kleiderabgabe.**  
Die Reichsbeleidungsstelle hat den Kommunalverbänden bekanntgegeben, daß die Sammlung getragener Männerkleidungsstücke am 15. Juli ab zu schließen ist. Am 16. Juli melden die Kommunalverbände der Reichsbeleidungsstelle: die Zahl der auf den Kommunalverband als Aufbringungsloß umgelegten Anzüge, die Zahl der unentgeltlich abgelieferten Kleidungsstücke, und die am 15. Juli gegenüber dem Aufbringungsloß etwa noch vorliegende Fehlmenge. Soweit am 15. Juli in einzelnen Kommunalverbänden noch Fehlmenge bestanden sollten, behält sich die Reichsbeleidungsstelle vor, schärfere Maßnahmen anzubehalten.

**Die Blockwagen der kleinen Leute.**

Vor kurzem hat das hiesige Volksgewand eine Bekanntmachung erteilt, in der es hieß, daß bei dem rückwärtsgehenden Verhalten der kleinen Leute, die mit Handwagen fahren, die bisher genommene Rücksicht ferner nicht mehr obwalten kann, zumal bei der jetzigen Jahreszeit der Transport der Handwagen auch auf der schmalen Straße Schwierigkeiten nicht in sich birgt. Es wird vor dem weiteren Befahren der Trotoire mit Handwagen gewarnt, da es nach der Straßensanierungsordnung strafbar ist. Seitens der Straßensanierungsstelle soll mit Anzeigen vorgegangen werden.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß Fälle, in denen Kinder mit Handwagen ohne Rücksicht auf das übrige Publikum auf den Fußsteigen gefahren und Leute belästigt haben, vorgekommen sind. Niemand wird sie entschuldigen wollen. Aber deshalb grundsätzlich alle die kleinen Handwagen auf die Straße zu verbieten, erscheint uns als eine zu weitgehende Maßnahme.

Infolge des Mangels an Fuhrwerk haben sich viele Familien solche Handwagen anschaffen müssen, mit denen sie Feuerung, Kessel, Kamin und andere Gegenstände transportieren. Selbstverständlich handelt es sich fast ausschließlich um Minderbemittelte, die zu diesen primitiven Beförderungseinrichtungen ihre Zuflucht nehmen. Wohlhabende würden sich gewiß nicht, sich selbst oder ihre Kinder vor einem Wagen zu spannen, um Nahrungs- oder Feuerungsmittel damit heranzuschaffen. Sie haben es ja auch gar nicht nötig.

Bleifach handelt es sich auch um Kriegerfrauen, um ältere Leute oder um Arbeiter, die nach vollbrachter Tagesarbeit den Handwagen brauchen. Sie belästigen niemand und gern macht ihnen hoffentlich derjenige Platz, der es nicht nötig hat, mit solchen Blockwagen auf der Straße herumzufahren. Auch sie werden nicht durch die Bekanntmachung des Polizeiamtes von den Fußsteigen verbannt. Infolge der unzureichenden Ernährung fehlen ihnen nicht selten die Kräfte, den Wagen auf einer nicht gut gepflasterten Straße zu ziehen, zumal wenn das Wetter ungünstig ist. Hierfür sollte das Polizeiamt Rücksicht nehmen, und wenn es schon seine neuerliche Anordnung nicht ganz aufheben will, was das beste wäre, sie wenigstens auf Kinder beschränken, die ohne Rücksicht Erwachsener fahren.

**Ausbehnung des Tischwäscherverbots in Gastwirtschaften.** Die Reichsbeleidungsstelle veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der vom 1. Juli an die Benutzung von Tischwäsche (Servietten und Tischlächern) in Gastwirtschaften, Hotels, Pensionen, Klubs, Kaffees, Kantinen und Vereinen ohne Ausnahme verboten ist. Die entbehrliche Gastwirtschaft wird von der Reichsbeleidungsstelle angekauft werden. Und zwar gelten als entbehrlich: in stillgelegten Betrieben 75 Prozent der Tischwäsche, 50 Prozent der Bettwäsche und 50 Prozent der Hauswäsche — der Plätze nach berechnet. In sonstigen Betrieben sollen 75 Prozent der Tischwäsche — der Plätze nach berechnet — angekauft werden, Bett- und Hauswäsche soll nur im Fall des Vorhandenseins besonders großer, für den derzeitigen Betrieb nicht benötigter Bestände nach besonderer Eingekaufung der vorliegenden Verhältnisse abgefordert werden. — Die Vergütung für die freiwillig abgegebene Wäsche erfolgt in der Weise, daß für eine gute Ware, die im Frieden gekauft wurde, der Einkaufspreis des Verkäufers zuzüglich 20 Prozent für ungebrauchte Ware, die während der Teuerung im Kriege gekauft wurde, der Einkaufspreis zuzüglich 6 Prozent Zinsen seit dem Tage des Erwerbs durch den Verkäufer gezahlt wird. Für gebrauchte Wäsche ist von diesen Preisen je nach dem Grade der Abnutzung ein der Wertverminderung entsprechender Abzug zu machen, dessen Höhe von dem sachverständigen Einkäufer nach Prüfung der Ware festzulegen ist.

**Der Tode des Gertrudens gerettet** wurde am Sonntag nachmittags ein junger Mann, der sich, des Schwimmschwimmens unkundig, bei den Hohenweiler Tannen zu weit ins Wasser gewagt hatte. Nur dem entsetzten Mitleid eines schwimmenden jungen Mädchens ist es zu danken, daß er mit dem Leben davonkam.

**Anzeigepllichtige Krankheiten** wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Mai in 240 Fällen gemeldet. Davon betrafen 178 Fälle (3 tödlich verlaufen) Masern, 53 (4 tödlich) Diphtherie, 4 Scharlach, 2 (1 tödlich) Typhus, 1 Ruhr, 1 Wochenbettfieber, 1 Malaria.

**Die „Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbekämpften“**, deren Sitz in Offen ist, hielt Donnerstag hier in Lohde eine Versammlung ab und gründete hier eine Ortsgruppe. Diese Ortsgruppe organisiert sich, worauf besonders hingewiesen sei, in striktem Gegensatz zu dem Berliner Reichsbund der Kriegsbekämpften und ehemaligen Kriegsteilnehmer, welcher auch von den freien Gewerkschaften unterstützt wird.

**Ludendorff-Spende.** Im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe unseres Blattes wird das zweite Spendenverzeichnis, welches einen Gesamtbetrag von 68.433,95 M. anzeigt, veröffentlicht. Zusammen mit dem ersten Spendenverzeichnis ergibt sich ein Betrag von 673.642,61 M. Mark. Inzwischen ist die Summe von 700.000 Mark bereits überschritten und es steht zu hoffen, daß die weitere Opferbereitschaft der Kreise, denen eine Bitte um Spenden erst in den letzten Tagen zugehört werden konnte, die Sammlung auf eine solche Höhe bringt, daß über die Stellung, welche es bei der Ludendorff-Spende ist zu die Spitze der deutschen Statistik gebracht hat, inoffiziell wird. Weitere Spenden werden bis zum 30. Juni von allen Banken entgegen genommen. An größeren Spenden verzeichnen wir heute die Beiträge der Firmen Naackim Warb 1000 Mark, Bernacki u. Wiede 1000 Mark. In der letzten Zusammenstellung der größeren Spenden muß es bei der Ludendorff-Beitragung stehen: 8000 Mark betragen: 1000 Mark.











Wir stehen, wie es scheint, vor dem gigantischen Höhepunkt unseres Krieges. Clemenceau bezeichnet die Lage als furchtbar ernst, aber er hofft auf die Amerikaner. Wir und unsere Verbündeten vertrauen neben dem Schutze des Meereshochs auf die unüberwindliche Kraft unseres deutschen Heeres, und auf die unbesiegbare Ausdauer unseres Volkes. (Beifall.) Eine Armee, die die größten europäischen Heere, gestärkt durch kanadische, australische usw. Streitkräfte, niedergeworfen hat, wird nicht vor dem Heere zurückweichen, das etwa die Vereinigten Staaten noch gegen uns herüberbringen werden. (Sehr gut! und stürm. Beifall.) Wenn es die Franzosen gelüht, den noch unerwühlten Teil ihres schönen Frankreichs auch noch in ein Kampf- und Trümmersfeld zu verwandeln zu sehen — die Verantwortung trifft die drüben im französischen Lande. Mit ungebrochener Kraft als Eckpfeiler unseres ganzen deutschen Volkes wollen wir in diesem schwersten und hoffentlich letzten Kampf in diesem ungeheuren Kriege hineingehen und an die Arbeit unserer nächsten Wochen herangehen. (Lebhafter Beifall.) — Wir schreiben nunmehr zur Wahl der Vizepräsidenten.

Abg. Baasche legt sein Amt als erster Vizepräsident nieder. Auf Antrag des Abg. Stresemann (Natl.) wird die Wahl der drei Vizepräsidenten in einer Wahlhandlung vorgenommen. Es werden abgegeben 269 Stimmen; davon sind zwei unbeschieden, eine Reihe von Stimmen hat sich zerstückelt. Gewählt werden die Abg. Dove (Wv.) mit 262 Stimmen, Scheidemann (Soz.) mit 194 Stimmen, Dr. Baasche (Natl.) mit 187 Stimmen. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Bei der folgenden zweiten Lesung des Etats des Reichsanthes des Innern

führt Vizepräsident Scheidemann zunächst den Vorbehalt. Abg. Dr. Bell (Ztr.): Trotz der Abweisung der Wirtschaft- und Sozialpolitik vom Reichsanthe des Innern wird dieses Amt hoffentlich seinen sozialen Einsatz behalten. Besonders wichtig ist das Bevölkerungsproblem. Ich erwarte, daß der Staatssekretär dazu Stellung nimmt. Ebenso erwarten wir, daß der Staatssekretär sich über die Entschädigungen für Kriegerfamilien äußert; amtliche Aufklärung wäre auch erforderlich über die Leistungen der Feuererwerbende auf dem Gebiete der Familienunterstützung der eingetretenen Mannschaften. Der von den Unabhängigen Sozialisten gestellte Antrag, diese Unterstützung um 5 Mark zu erhöhen, wird in dieser Allgemeinheit insbesondere für ländliche Bezirke nicht überall für notwendig gehalten. Redner fordert weitere Maßnahmen gegen den Verkauf von hervorragenden Kunstwerken in das Ausland und führt schließlich Beschwerde über zu geringe Berücksichtigung von Katholiken bei Beizung höherer Stellen in den Reichsämtern. (Bravo! im Zentr.)

Staatssekretär Müller a. i. j.: Es kommt niemals ein Ausfuhrverbot von Wertes lebender Künstler in Frage. Gegen den Vorbehalt einer Inventarisierung bestehen die Bedenken, daß es dann unmöglich sein würde, wertvolle Kunstwerke aus dem Auslande nach Deutschland zu bringen. — Der Erlaß von Sachschäden durch Plünder erfolgt von jetzt ab durch die Einzelstaaten. Das Reich muß diese Kosten den Einzelstaaten ersetzen. Nach der Erlaß von Plündererlösen an Leib und Leben schweben noch Verhandlungen. — Für die Anstellung von Beamten entscheidet allein die Tüchtigkeit, nicht die Konfession. Sollte die letztere Berücksichtigung in der Beizung nicht gerechtfertigt gewesen sein, so trifft sie heute nicht mehr zu.

Abg. Schulz (Soz.): Die Klagen des Abg. Bell sind heute nicht mehr berechtigt in der Zeit, wo wir einen Katholiken zum Reichsanthler und zum preussischen Justizminister haben und solchen einmütig einen Katholiken zum Reichstagspräsidenten gewählt haben. Durch den Krieg hat die Fraufrage besondere Bedeutung bekommen. Man sollte daher endlich der Frauen die volle Gleichberechtigung gewähren. In Oesterreich hat man mit der Einrichtung eines sozialen Frauenrates, der Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze hat, gute Erfahrungen gemacht. — In der inneren Politik sollte endlich der alte Postzeit- und Bureaukratismus des Mißtrauens, der Verfolgung ausgetrieben werden. Nicht zu kurz gekommen ist bisher im Reichstag die Kulturpolitik. Das Gesundheitsamt allerdings hat sich manche Verdienste um die Gesundheitsverhältnisse im Reich erworben. Wir sind zur Mitarbeit auf dem Gebiete der Bevölkerungsreform bereit, wollen aber nicht, daß mütterliche Eifersüchteleien davon abhalten werden. Ganz verfehlt ist der Versuch, eine Art Geburtensteuer einzuführen. Das ist ein unerhörter Eingriff in die freie Selbstbestimmung der Frauen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Reichsanth für das Kaiserin-Augusta-Richard-Haus sollte erhöht werden. In dem Reichsgesundheitsamt haben wir ein Reichsanth für körperliche Gesundheit. Für die Geisteskuraturen haben wir im Etat vergeblich nach einer zentralen Grundlag. Sie hätte große Aufgaben zu erfüllen. Ich erinnere nur an die schweren Schädigungen des Schulbetriebes durch den Krieg. Das geistige Niveau des Volkes wird dadurch erniedrigt. Unsere Schulgesundheitsbildung muß ganz auf neue Grundlagen gestellt werden. Es ist die Pflicht des Reiches, für die Hilfe der aus dem Krieg erkrankenden Schriertigkeiten zu sorgen. Wir müssen uns über alle Parteien hinweg zu gemeinsamer Arbeit in der Jugendpflege zusammenschließen. Die öffentliche Jugendpflege muß freigestellt werden von Nationalisierungsbestrebungen, andererseits kann aber auch verlangt werden, daß die Nationalisierungsbestrebungen und andere Jugendbewegungen unbeeinträchtigt von staatlicher Bevormundung ihren Weg gehen können. Neuerdings werden bei uns Volkshochschulen nach demselben Muster propagiert. Sie sind unserer lehrhaftesten Unterstufung wert. Auch das Kino und das Theater müssen zu wertvollen Stufen der Volksbildung gemacht werden. Das Kino hat außerordentlich hohe Kulturwertigkeiten. Im Theaterwesen ist es vor allem der Verband für deutsche Theaterkünstler, der unter Theaterweisen einer höheren Volkshochschule zuzuführen will, und es zu einer Allgemeinheit künstlerischer Allgemeinbildung erheben will.

Ziel erörtert werden die Probleme der Schulreform. Die Unterrichtsverwaltung auf diesem Gebiete soll natürlich nicht unterbrochen werden. Die Zentrale des Reiches aber, die ich wünsche, sollte alles prägen und das Beste behelfen. Wegen des Reichsanthes des Innern ist jetzt nach der Teilung energisch dieser positiven Kulturarbeit nachzugehen. In der inneren Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes gibt es auch im Kriege noch trennende Schranken. Es ist Pflicht der Regierung, hier die innere Reinheit herbeizuführen. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Abg. Kersch (K.): Wenn dem Reich Kulturverpflichtungen auferlegt werden sollen, was bleibt dann dem Einzelstaatlichen übrig? Die Entschädigung für die Opferungen ist zu gering. Wir wünschen keine Bevormundung der unteren kulturellen Stufen; natürlich ist es unabweisbar, die erangelischen Beamten einzusetzen als Pflichten zu werden, um Parteien herbeizuführen.

Abg. Fischel (Sp.) tritt für die Schaffung einer Einheitsgesetzgebung ein; es sollte der zwischen der Gabelsberger und Große-Schule vereinbarte Entwurf angenommen werden. Hiermit verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2. Mrz.

Schluss 5 Uhr.

## Die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung und die Ärzte.

Ende Juni wird ein außerordentlicher Arzttag zur Beratung der ärztlichen Organisationen zu den Anträgen im Reichstags und den Anregungen der Krankenkassenverbände bei der Reichsregierung, betreffend die Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der Krankenversicherung, Stellung nehmen. Der Arzttag nimmt sich eine lebhaftere Erregung wegen dieser Anträge bemerkt zu haben. Er befürchtet insbesondere, daß durch eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge eine Erregung ihrer Existenz bewirkt werde. Dies ist jedoch nicht der Fall, da nur dadurch erzwungen sein kann, daß die letzte Anträge auf Erhöhung der Versicherungsbeiträge nicht genau geprüft werden. Es handelt sich nicht darum, den Kreis der Kran-

kenversicherungsbeiträge zu erweitern, sondern darum, diejenigen Personen, die jetzt infolge von Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen während des Krieges aus der Versicherungspflicht auscheiden müssen, wieder in die Krankenversicherung einzubeziehen.

Der § 165 Abs. 2 R.V.D. bestimmt nämlich, daß bei Betriebsbeamten, Werkmeistern, Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitgliedern sowie Lehrern und Erziehern Voraussetzungen für die Versicherungspflicht ist, daß ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 Mk. nicht übersteigt. Die wichtigsten dieser Gruppen sind die Handlungsgehilfen, Betriebsbeamten, Werkmeister und ähnliche Angestellte. Es sind das diejenigen Angestellten, die auch unter die Angehörigenversicherung fallen. Ein Teil von ihnen ist durch die Kriegszulagen zu einem Einkommen von mehr als 2500 Mark gekommen; damit erlosch ihre Versicherungspflicht. Die soziale Lage dieser Angestellten ist aber trotz dieser Gehaltserhöhungen keineswegs günstiger geworden. Sie gehören nach wie vor zu den wirtschaftlich Schwachen, die durch die Versicherungsbeiträge gehindert werden sollen. Es liegt also für die Ärzte keine Veranlassung vor, sich gegen denartige Anträge zu wenden, die nichts anderes wollen, als ein Unrecht wieder gutmachen.

Zudem ist der Kreis der hier in Betracht kommenden Personen wirklich nicht so groß, daß sich deswegen die Abhaltung eines außerordentlichen Arzttages lohnt. Während des Krieges umfaßt die Krankenversicherung etwa 13 bis 14 Millionen Versicherte, während vielleicht etwa 4 Millionen Privatangestellte im ganzen Reich gegenwärtig in Beschäftigung stehen. Von diesen 4 Millionen unterliegen der Angehörigenversicherungspflicht etwa 1/2 Million. Es sind also alle Angestellte bis zu 5000 Mk. Jahres-einkommen. Ein Gehalt von 2500 Mk. bis zu der beantragten neuen Grenze von 4000 Mk. werden vielleicht 100 000 Angestellte beziehen, die aber über das ganze Deutsche Reich verstreut sind. Diese hunderttausend Versicherte sind durch die Entwicklung der Kriegsvorkämpfe aus der Krankenversicherungspflicht ausgegliedert, konnten sich aber bisher schon freiwillig weiterversicherer. Einzelne mögen das verkannt haben, die meisten sind jedoch Kassenmitglieder geblieben, nur daß jetzt der Arbeitgeber keine Verpflichtung zur Bezahlung der Beiträge hat. Daher sollen sie wieder versicherungspflichtig werden. Das ist eine Forderung, die jeder sozialdenkende Mensch, auch wenn er Arzt ist, als berechtigt anerkennen sollte. Die Beantragung der Dessenpflicht durch die Behauptung, es sei die Ausgestaltung der Krankenversicherung zu einer allgemeinen Zwangsversicherung für das ganze Volk beabsichtigt, entbehrt also jeder Grundlage.

## Ernährungsfragen.

Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

In der Sitzung vom Freitag wird zunächst der Pferdehandel eingehend erörtert. Von den bürgerlichen Parteien wird beantragt, das benötigte Pferdmaterial zunächst im Wege des freihändigen Auktions zu erwerben, und falls sich eine Pferdeaushebung nicht umgehen lasse, so habe die Preisfestsetzung sich möglichst an den geltenden Marktpreis zu halten, der zurzeit 200 Prozent über dem früheren Friedenspreis liege. Ferner soll für die ausgehobenen Pferde aus dem Bestande der dienstunbrauchbaren Armeepferde Ersatz zu entsprechendem Preise geleistet werden.

Major Müller (Vertreter des Kriegsministeriums): Die Militärverwaltung zahlt 25 Prozent über die Friedenspreise. Mit einem freihändigen Ankauf könne die Militärverwaltung sich einverstanden erklären. Dienstunbrauchbare Pferde werden mit 25 Prozent Aufschlag auf den Friedenspreis verkauft. — Graf von und zu Sandzoll (Z.) weist darauf hin, daß der Pferdebestand sich um 34 Prozent gemindert habe. Eine große Zahl Pferde sei auch infolge der schlechten Behandlung durch Gefangene und ungenügende Fütterung eingegangen. — Major Müller: Ueberflüssige Pferde sind an der Front und in der Steppe nicht vorhanden. Durch die Einschränkung der Fahrräder und Kraftwagen werden mehr Pferde gebraucht. Es ist mit dem besten Willen nicht möglich, den Landwirten Pferde zur Verfügung zu stellen. Handlern sei keine Genehmigung zum Ankauf von Pferden im besetzten Gebiet erteilt. Mit den ausgegliederten Pferden darf kein Handel betrieben werden. — Wels (Soz.): Die städtischen Fuhrwerkebesitzer haben genau so wie die Landwirte unter der Wegnahme der Pferde zu leiden. Aus Selbsten sei ihm mitgeteilt, daß ein junger Leutnant von 24 Jahren, namens Keller, Führer der 1. Paraskompanie, Belagerungsstrasse 25, sich 2 Kühe und 2 Reitpferde halte. Es würde in der Steppe nicht so mit dem Pferdmaterial umgegangen, wie es im Interesse der Landwirtschaft notwendig wäre. — Zur Preisfestsetzung bemängelt Hählig (Soz.) die hohen Preise für Früchte, die vielfach sechsmal so hoch seien als in Friedenszeiten. Die Getreidepreise hätten keine Begründung in den Erzeugerpreisen. — Unterstaatssekretär Dr. Müller: Die Druckprämierten müssen beibehalten werden, um frühzeitig Getreide für die Ernährung zu erhalten. Im August und September würde bereits zu viel Getreide angeliefert, daß man damit bis zum Januar auskomme.

Von der Sozialdemokratie ist zu der Preisfestsetzung folgender Antrag eingebracht: Der Anschlag wolle beschließen:

1. die Regelung der Preise für Nahrungsmittel hat unter Berücksichtigung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes zu erfolgen;
2. für eine frühzeitige Ablieferung von Getreide, zu den für die gesamte Ernte festgesetzten Höchstpreisen, dürfen keine Drang- oder Lieferungsprämien gewährt werden.

Um eine zeitige Erfassung der Ernte zu ermöglichen, sind die Produzenten zu verpflichten, einen Teil der Ernte bis zu einem bestimmten Termin abzuliefern. Hierbei ist auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der kleinen Betriebe Rücksicht zu nehmen.

## Kriegsbeschädigtenfragen.

Merkwürdige Zweideutigkeit.

Die Kriegserneuerung haben sich auf ihrer jüngsten Sitzung ein sozialpolitisches Programm für die Kriegsbeschädigten gegeben und wollen sich nun mit Eifer und Unternehmung aller Behörden in neue Mitgliederwerbung fügen. Zu dem Zweck haben sie beschlossen auch die bisherige Bestimmung gestrichen, keine Sozialdemokraten aufzunehmen.

Merkwürdig zweideutig ist die Stellung des deutschen Kriegesbundes zu den Kriegsteilnehmerverbänden. Der Vorsitzende des Kriegesbundes, Geh. Regierungsrat Dr. Westphal, führte darüber auf dem Kriegerversammlung aus:

Wir können uns nicht mit einem dieser Verbände zusammenschließen, da sie alle mehr oder weniger die Interessen politischer Parteien oder wirtschaftlicher Interessengruppen vertreten. Gehen wir mit einem zusammen, haben wir die anderen als Gegner. Wir können und müssen aber andererseits die Bestrebungen aller dieser Verbände unterstützen, soweit sie sich lediglich auf wirtschaftliche Interessenvertretung der Kriegsbeschädigten erstrecken. Wir könnten auch die einzelnen Ortsgruppen in unsere Verbände aufnehmen, wenn sie unsere Voraussetzungen erfüllen. Ausgeschlossen ist aber jedenfalls die Verbindung mit solchen Verbänden und Ortsgruppen, welche erweislich politischen Bestrebungen verfolgen, nachdem das Kriegesbundesmitglied volle politische Neutralität für die Zukunft auf seine Fahnen geschrieben hat.

Als Geheimrat Westphal stellt zunächst fest, daß alle Kriegsbeschädigtenverbände politisch oder soziale Interessenpolitik treiben. Dann erklärt er die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit denen, die das nicht tun. Und im übrigen beschränkt und beschränkt der Kriegesbund den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und empfindet, daß Kriegsteilnehmer, wie er nur irgend kann, diese unlogische und widersprüchliche Haltung in die Folge einer inneren Unklarheit: die Kriegserneuerung möge ganz unpolitisch sein und

gleichwohl den Kampf gegen die freie Arbeiterbewegung hindern sollen. Ausgestellte Arbeiter und Angestellte werden das Spiel durchschauen und leicht erkennen, daß die Kriegervereine nach wie vor ihre Feinde sind.

## Aus der Partei.

Der Kampf um das „Halleische Volksblatt“. Der Prozeß, der um den Besitz des „Halleischen Volksblattes“ geführt wird, ist Freitag augenblicklich der alten Sozialdemokratie entfallen worden.

Die Verhaftung des „Avanti“-Herausgebers. Zu der bereits gemeldeten Verhaftung des Herausgebers des „Avanti“, Mengotti Seratti, berichtet der „Avanti“ die folgenden Einzelheiten: Seratti war zu einer Sitzung des Parteivorstandes, dessen Mitglied er ist, in Rom eingetroffen. In der Frühe des ersten Märzgens erkrankte im Hotel zwei Polizeibeamte, die ihn im Auftrag des Militärgerichts in Turin verhaften zu müssen erklärten. Seratti stellte sich ihnen sofort mit vollkommener Ruhe zur Verfügung. Seratti ist nicht wegen eines journalistischen Vergehens, sondern auf Grund einer Rede verhaftet worden, die er vor einigen Jahren anlässlich der Anwesenheit der russischen Sowjetvertreter in Turin hielt. Als bald darauf die Turiner Unruhen ausbrachen, machte man auf diese Rede, weil sie eine Verherrlichung der russischen Revolution bedeutet habe, verantwortlich für die Vorgänge. Die Verhandlung des Prozesses gegen die Turiner „Hochverräter“ am 3. Juni scheint nun auch die Verhaftung Serattis veranlassen zu haben. Das „Giornale d'Italia“ meint dagegen, die Verhaftung Serattis sollte den Vorwurf entkräften, den der „Fascio di difesa nazionale“, der internationalen Landesverteidigungsbund vor ein paar Tagen auf seiner Versammlung in Rom gegen den Minister Orlando erhob, daß dieser keine energische Politik gegen den Defaitismus treibe.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Macht der Gewerkschaften. Die Freien Gewerkschaften haben sich während des Krieges eine Machtstellung erobert, die sie im Frieden sobald nicht erobert hätten,“ beginnt der Leitartikel der neuesten Nummer des „Arbeiter“, des Organs der Verbindung deutscher Arbeiterverbände. Im Hinblick auf die Forderung einer Arbeitslosenversicherung nach Friedensschluss fordert das Unternehmerblatt von der Regierung, die gewerkschaftlichen Pläne endlich auf Grund einer gesunden Realpolitik auf das richtige Maß zurückzuführen. Jedenfalls müßten die deutschen Arbeitgeberverbände sich mit aller Kraft dagegen zur Wehr setzen, daß die Macht der Gewerkschaften durch staatliche Maßnahmen weiter gesteigert werde. — Mühen die Herrschaften aber eine Angst vor den Gewerkschaften haben!

## Aus dem Gerichtssaal.

Ein neuerlicher Alldentscher. Der Herausgeber der in München erscheinenden politischen Wochenschrift „Die Wirklichkeit“, Graf Karl Bothmer, hatte sich im Juli 1917 wegen der vom Pressereferat des kaiserlichen Kriegsministeriums verfügten Vorzensur brieflich an den bayerischen Kriegsminister gewandt und seine Beschwerden in einem neuerlichen an das Pressereferat gerichteten Brief im August 1917 wiederholt. Beide Briefe enthielten mehrfache beleidigende Vorwürfe. Der Kriegsminister sowohl wie die Offiziere des Pressereferats stellten den Strafantrag, der von Amts wegen durchgeführt, auch auf zwei Vergehen gegen das Kriegsministerium erlassene Zensurvorschriften ausgedehnt wurde. In der Verhandlung vor dem Landgericht München I bestritt Graf Bothmer den behauptenden Charakter der behaupteten Briefe. Er bezieht sich auf den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches, betreffend Wahrung der berechtigten Interessen, und machte geltend, daß die Pressezensur in Bayern überhaupt keine rechtliche Geltung habe, und daß er sich daher auch gegen Zensurvorschriften nicht habe verhalten können. Das heute vorläufige Urteil lautet: Graf Bothmer ist schuldig zweier Vergehen der einfachen Beleidigung und zweier Vergehen gegen das Kriegesbundesgesetz. Er wird deswegen zu Geldstrafen von 600 Mk. bzw. 300 Mk., 100 Mk. und 200 Mk. verurteilt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die beiden Briefe objektiv und subjektiv beleidigender Natur sind, daß aber diese Behauptungen nicht wider besseres Wissen aufgestellt worden sind. Die Rechtsbeständigkeit der Zensurvorschriften wurde vom Gericht als gegeben angenommen. Es erfolgte daher, da die Einwendungen des Angeklagten im übrigen belanglos sind, auch die Beurteilung zu den ausgesprochenen Strafen.

## Aus Nah und Fern.

Seinen Lebensinhalt mit dem Leben bezahlt hat der 16jährige Eisenbahnarbeiter Konstantin Vokulski in Berlin. Er setzte sich auf dem Schiffschiffen Güterbahnhof vor einen Brellbock und schlief dort ein. Ein Regierewagen, der von einem Zuge abgelassen war, fuhr auf den Brellbock auf und zertrümmerte dem davorstehenden B. den Kopf.

Revolverversteher eines Sechzehnjährigen. Der kaum 16jährige Obsthändlersohn Mendel in Werder bei Berlin war im Garten des Grundstückes seines Vaters als Wächter postiert. Als mehrere junge Leute in der Nacht zum Freitag seinem Anruf nicht Folge leisteten, schloß der jugendliche Wächter, offenbar aus großer Nähe viele Schüsse auf die jungen Menschen ab. Als Opfer fiel der 16jährige Materialhändler Willi Alburg aus Werder, in die Schäfte getroffen, bewußtlos nieder. Dessen 16jähriger Vetter Fritz Alburg wurde an der linken Seite schwer verwundet, und der jugendliche Arbeiter Karl Mattel erlitt einen Bauchschuß und mehrere Wunden an der Brust.

Ein tragisches Ereignis spielte sich in Herne i. W. ab. Beim Entladen eines Revolvers wurde die Mutter eines Leutnants, der sich zur Beerdigung seines Vaters hier auf Urlaub befand, durch einen plötzlich losgehenden Schuß tödlich getroffen. Der Offizier benachrichtigte die Polizei und erschloß sich dann am Lager seiner toten Mutter.

Das Opfer eines selbigen Heiratschwunders. In der Nähe von Uffz an der böhmischen Grenze hat ein selbigen Heiratschwunder ganz besonderes Unheil angerichtet. Die 21jährige, in Oberreuth wohnende Witwe Alma Heinrich lernte in Oberlehna einen österreichischen Zugführer kennen, der mit Ordensauszeichnungen geschmückt war. Es entspann sich ein Liebesverhältnis. Der Krieger versprach dem Mädchen baldige Hochzeit und bewog die Vertrauensselige, die ihm zur Anschaffung von Möbeln ihre Ersparnisse, über 2200 Kronen, auszuhandigen. Der Brautgamm lehrte aber von seiner angeblichen Einkaufsreise nicht zurück, und mit ihm war auch Wäldje im Werte von etwa 2000 Kronen verschwunden. Das Mädchen wurde jetzt aus einem Teiche bei Franzensbad als Leiche herausgezogen.

Zum Explosionsunglück in der Ukraine wird aus Kiew gemeldet: Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, beläuft sich aber wohl auf rund hundert, die Zahl der Verwundeten angeblich auf 600 bis 700, davon 500 durch Glassplitter.

400 Tote bei der Explosion in Jassy. Aus Moskau wird vom 1. Juni gemeldet: Kürzlich wurden bei einer Explosion von Munitionsvorräten in Jassy 400 Personen getötet.

23 Wirtschaften niedergebrannt. In Oloboz. Kreis Ostrowo, hat Großfeuer 23 Wirtschaften mit 68 Gebäuden zerstört. 200 Menschen sind obdachlos. Die Not ist groß, da die meisten der von dem Unglück Betroffenen nicht versichert sind.

Ein Riesenbrand. Wie dem „Matin“ aus Paris gemeldet wird, brach im Ardenal von St. Louis ein Brand aus, wodurch hauptsächlich Militärausrüstungsgegenstände zerstört wurden. Der Schaden soll über sechs Millionen Dollars betragen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.